Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 4

Rubrik: Zeichen der Zeit : nicht dieses Deutschland!

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Willy Spieler

Zeichen der Zeit

Nicht dieses Deutschland!

Die DDR hat gewählt: einerseits den vermeintlichen Wohlstand, den die West-CDU ihr verhiess, anderseits den schnellen «Anschluss» als (nationalistisches) Mittel zum (materialistischen) Zweck. Die Wahl verheisst nichts Gutes. Die zentrale Frage ist dabei nicht, ob die 76 Millionen Deutschen in zwei Staaten oder in einem einzigen Staat leben sollen, obschon mir zwei deutsche «Halbkantone» in einem vereinigten Europa sympathischer wären. Viel entscheidender sind die Fragen nach Deutschlands künftiger Gesellschaftsordnung, nach seiner Integration ins gemeinsame europäische Haus und nach den Armeen, die heute noch auf deutschem Boden stationiert sind. Der gewählte «Anschluss» lässt kaum mehr Alternativen zu: Die DDR wird aufgelöst, ihre Wirtschaft an das BRD-Kapital verkauft und ihr bisheriges Territorium der Nato zugeschlagen. Was da «zusammenwuchert», ist nicht das Deutschland, das Gerechtigkeit und Frieden in Europa fördern könnte. Nicht dieses Deutschland!

Die ersten «freien Wahlen» in der DDR

Entgegen allen Meinungsumfragen siegte in den «ersten freien Wahlen der DDR» am 18. März nicht die favorisierte SPD, sondern die CDU. Die ehemalige «Blockpartei» erhielt fast 41 Prozent der Stimmen. Die «Allianz für Deutschland», der die CDU zusammen mit dem Demokratischen Aufbruch und der Deutschen Sozialen Union angehört, kam auf 48 Prozent. Nehmen wir noch die 5 Prozent für den Bund Freier Demokraten hinzu, dann hat das *politische Bürgertum* sogar die absolute Mehrheit der Stimmen gewonnen. Es sei ein Votum «gegen den Sozialismus und für die deutsche Einheit» gewesen, schrieben übereinstimmend die Kommentatoren. Folgerichtig erklärten sie Westkanzler Kohl zum ersten Sieger.

Die *Ost-CDU* hätte dieses Resultat aus eigener Kraft nicht geschafft. Wohl gab sie sich alle Mühe, die spitze Kurve vom Sozialismus Ost zum Kapitalismus West zu kriegen. Die einzige Kontinuität in dieser ideologischen Kehrtwendung liegt jedoch im Opportunismus, der einmal mehr den Anschluss an die stärksten Bataillone sucht. Die CDU ist insofern eine «Blockpartei» geblieben. Nur ist der «Block», dem sich anschliessen muss, wer etwas werden will, jetzt nicht mehr im Osten, sondern im Westen zu finden. Die Leerformel vom «hohen C» wird diese Wende nicht weniger absegnen als den Stalinismus früherer Jahre. Kohl und den Seinen kann es nur recht sein. Vor der Wahl stellten sie der Ost-CDU den Blankocheck demokratischer Zuverlässigkeit aus, was offenbar genügte, um von einem grossen Teil der Wählenden geglaubt zu werden. Die Ost-CDU wird dafür den Preis weiterer Anpassungen bezahlen müssen. Wer CDU wählt, weil er nur West-Mark im Sinne hat, den braucht das nicht zu stören.

Das Imponiergehabe, mit dem die *West-CDU* in die DDR einfuhr, war so abstossend, dass die faktische Wahl Helmut Kohls zum Protektor des «Anschlusses» etwas zutiefst Würdeloses an sich hat. Natürlich trägt auch die *West-SPD* ihr gerüttelt Mass an Mitschuld, dass der Wahlkampf in der DDR zur Staffage westdeutscher Selbstdarstellung und Parteienpolemik missriet. Ein Volk, das Vergangenheit zu verarbeiten hätte, verschuldete und unverschuldete, wurde mit importierten Schlagworten zugedeckt, buchstäblich «ferngesteuert», BRDigt. Gewählt hat es nicht die Befreiung aus der Unmündigkeit, sondern den neuen Vormund. Die formale Freiheit der geheimen Wahl wurde gewiss als Befreiung empfunden. Unfrei waren die Wählenden trotzdem. Oder wie sollten sie frei wählen können, nachdem die Wahlredner der West-

CDU gedroht hatten: Geld gibt's nur, wenn Ihr die Allianzparteien wählt? Das ist allerdings nichts DDR-Spezifisches. Das Kapital investiert immer und überall nur in sich selbst und nicht in die Demokratie. Es hat die Macht, formal demokratische Wahlen mit Zuckerbrot und Peitsche zu manipulieren. Den Bürgerinnen und Bürgern der DDR wollte es gar nicht erst die Chance geben, über mögliche Alternativen nachzudenken. Das Schlimmste wäre, wenn das Volk der DDR tatsächlich glauben würde, die Wahl vom 18. März sei schon Demokratie gewesen.

Eine besondere Wahltragödie bedeutet das Ergebnis der im *Bündnis 90* zusammengeschlossenen Gruppierungen Neues Forum, Demokratie jetzt und Initiative für Frieden und Menschenrechte. Die Revolutionärinnen und Revolutionäre, die vor dem 9. November 1989 in den grösseren Städten der DDR unter hohem Risiko für die demokratische Erneuerung des Sozialismus demonstrierten, haben ausgedient. Das Bündnis 90 erreichte nur knappe drei Prozent. Nicht die Revolution hat ihre Kinder gefressen, sondern das Kapital die Revolution. Diese wurde «abgeschlossen», noch bevor eine «Alternative zur westlichen Konsumgesellschaft» (Demokratie jetzt) entstehen konnte. Offenbar ist Deutschland zur Revolution nur fähig, soweit und solange sie sich gegen den «Kommunismus» richtet. Das würde bedeuten, dass es in der DDR wohl echte Revolutionärinnen und Revolutionäre, aber keine echte Revolution gegeben hat. Die autoritären Syndrome des verinnerlichten Stalinismus lassen sich nur zu gut auf die Bonner Machthaber übertragen. «Stalinismus» heisst heute die Diagnose eines psychopathologischen Zustandes in weiten Teilen der DDR-Bevölkerung. Ein von Bonn gelenkter und «verchristlichter» Stalinismus könnte sich dereinst als böse Erblast des Wahlgangs vom 18. März erweisen.

Die *Ost-SPD* musste sich mit nicht ganz 22 Prozent der Stimmen begnügen. Statt sich eigene Konturen zu geben, betrieb sie vor allem eine Politik der Abgrenzung gegenüber der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS), damit, wie es im Grundsatzprogramm heisst, die «soziale Demokratie» ja nicht mit «jener Parole ‹demokratischer Sozialismus› verwechselt» werde, «mit der heute die Erben der SED locken». Zwar warnte auch die ostdeutsche SPD vor den Gefahren eines überstürzten «Anschlusses» an die BRD. Sie vermochte damit aber nicht zu überzeugen, da sie in der Wirtschafts- und Sozialpolitik kein eigenständiges Profil gegenüber der konservativen Allianz gewinnen konnte. Statt offensiv für das Erhaltenswerte in der DDR einzutreten, ihre historisch gewachsene soziale und kulturelle Identität in den Einigungsprozess einzubringen, gegenüber der Privatisierung die Chance einer Demokratisierung der Wirtschaft zu betonen und unabgegoltene sozialistische Grundwerte in Erinnerung zu rufen, übernahm auch die DDR-SPD von der West-CDU eine Position nach der andern. «Wenn schon Kapitalismus, dann gleich im Original», mochten sich die Wählenden sagen. Es ist ein altes Übel der Sozialdemokratie, dass sie glaubt, durch Anpassung siegen zu müssen.

Die *PDS* kämpfte gegen die Schatten ihrer SED-Vergangenheit. Mit Gregor Gysi und Hans Modrow als Spitzenkandidaten signalisierte sie aber eine glaubwürdige Wende zum Programm, für das der neue Name steht. Die Partei hatte auch auf ihre verfassungsrechtlichen und materiellen Privilegien verzichtet und sich trotzdem nicht – wie kommunistische Parteien anderer Oststaaten – aus der Verantwortung für den Niedergang des Sozialismus gestohlen. Wer opportunistisch reagieren wollte, hatte wohl mehr Grund, die PDS zu verlassen, als in ihr zu bleiben. Das machte sie für Sozialistinnen und Sozialisten attraktiver als die unsicher wirkende SPD. 16 Prozent der Wählenden machten aus der PDS die drittgrösste Partei und damit eine oppositionelle Kraft, mit der das indignierte Bonn rechnen muss. Diese 16 Prozent für einen «demokratischen Sozialismus» sind wohl das erfreulichste Ergebnis der wenig erfreulichen DDR-Wahlen.

Die private Aneignung der Revolution

Das *kolonialistische Gebaren*, mit dem Kohl und seine Geldgeber sich die DDR aneignen, gibt zu den schlimmsten Befürchtungen Anlass. Kapital, das aus dem reichen Westen in den armen Osten schwappt, dort

Haus um Haus in Besitz nimmt und westliche Mieten kassiert, Betriebe und Unternehmen aufkauft, Arbeitsplätze wegrationalisiert und Sozialleistungen kürzt, ist keine unrealistische Horrorvision. «Westdeutsche Konzerne ‹besetzen› die DDR», titelt die unverdächtige NZZ (23.3.90). Das Blatt zeigt am Beispiel der Autoindustrie, der Elektrolobby sowie der Versicherungen und Banken, wie «westdeutsche Konzerne ganze Wirtschaftszweige des andern Deutschland unter ihren Einfluss bringen» und «Staatsmonopole in der DDR einfach durch Unternehmensmonopole ersetzen wollen». Marx hat sich das genau umgekehrt vorgestellt.

Die Reprivatisierung der DDR soll via *«Anschluss»* an die BRD auch *verfassungsrechtlich* abgesichert werden. Die Diskussion um den Weg zur deutschen Einheit nach Art. 23 oder nach Art. 146 des Bonner Grundgesetzes hat mit der Alternative zwischen der bedingungslosen Kapitulation der DDR gegenüber dem westdeutschen Kapital und der Einigung beider Staaten aufgrund einer neuen Verfassung zu tun. Ein Beitritt der DDR zur BRD nach Art. 23 bedeutete Übernahme des Bonner Grundgesetzes ohne Wenn und Aber, gewissermassen Demokratie ab Stange. Verfassungsrevisionen, die an die Substanz des kapitalistischen Systems rührten, benötigten dann eine Zweidrittelmehrheit, die weder in der heutigen BRD noch in einem vereinigten Deutschland aufzubringen wären. Die Einheit über Art. 23 ist daher die Forderung der politischen Rechten in West und Ost.

Art. 146 sieht die Konstituierung des künftigen Deutschland aufgrund einer neuen Verfassung vor. Das wäre die *echte Vereinigung* anstelle des «Anschlusses». Sie gäbe der DDR die Möglichkeit, ihre eigenen – nicht nur negativen – Rechtstraditionen in die neue Republik einzubringen, insbesondere die sozialen Rechte auf Wohnung, Bildung und Arbeit (inkl. Verbot der Aussperrung), die im Bonner Grundgesetz keinen Verfassungsrang besitzen. Ökologische Verfassungsnormen sowie Elemente direkter Demokratie und (echter) wirtschaftlicher Mitbestimmung gehören darüber hinaus zum Forderungskatalog der politischen Linken. Die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung für eine neue Republik auf deutschem Boden gäbe dem Volk der DDR etwas von seiner verlorengegangenen Würde zurück. Dieser Weg wäre erst noch demokratischer, da die neue Verfassung der Zustimmung durch alle Bürgerinnen und Bürger bedürfte. Nur den «christlich» firmierenden Parteien ist Demokratie, die über die unumgänglichen Wahlen hinausgeht, ein Greuel: Die Einigung – wie alles «Gute» – kommt «von oben».

Wie die Diskussion verläuft, illustriert ein Streitgespräch zwischen dem stellvertretenden Vorsitzenden der DDR-SPD Markus Meckel und dem Bonner Innenminister Wolfgang Schäuble im «Spiegel» (19.3.90). Als Meckel die «paritätische Mitbestimmung» in einer gemeinsamen deutschen Wirtschaftsordnung forderte, bekam er zur Antwort: «Volle paritätische Mitbestimmung verträgt sich nicht mit der Eigentumsgarantie... Dazu gibt es höchstrichterliche Entscheidungen.» Das ist der Klartext zum «Anschluss» gemäss Art. 23 des Grundgesetzes: faktische Annexion der DDR durch den real existierenden, höchstrichterlich festgeschriebenen Kapitalismus, private Aneignung der Revolution. Diese soll keine Wirkung entfalten auf den gemeinsamen deutschen Staat. Das Positive, das auch die DDR in 40 Jahren geschaffen hat und an dem die Revolution festhalten wollte, soll als kommunistisches Machwerk verteufelt und von den Segnungen des Kapitals abgelöst werden. Ist erst einmal der «Anschluss» vollzogen, erscheint die Revolution nur noch als Fussnote in den Geschichtsbüchern. Es ist dem westdeutschen Kapitalismus dann nicht nur gelungen, seine Strukturen über immer restriktivere Interpretationen des Grundgesetzes zu zementieren, sondern mit diesen Strukturen auch noch die bisherige DDR flächendeckend zu überziehen. Nicht dieses Deutschland!

Kapitulation vor der Nato?

«Deutschland, einig Vaterland» heisst die Parole, die in der DDR mehrheitsfähig geworden ist. Als ob solche Vaterländer nicht schon genug Unheil angerichtet hätten. Die Sprache verrät den überholt geglaubten *Ungeist des Nationalismus*. Das historisch belastete Wort «Anschluss» tönt für Christ- und andere «Demokraten» ganz und gar

nicht mehr obszön, sehr im Gegensatz zum Wort «Sozialismus». Der Bonner Kanzler nährt Zweifel an der Unantastbarkeit der polnischen Westgrenze – und damit auch an seinen Bekenntnissen zu «Europa». Er verletzt völkerrechtliche Konsultationspflichten gegenüber der Europäischen Gemeinschaft und schürt mit seinen Alleingängen das Misstrauen gegen «die Deutschen». Nationalistische Selbstgefälligkeit oder auch nur der opportunistische Blick auf die Konkurrenz der rechtsextremen Republikaner haben mehr Gewicht als die gesamteuropäische Solidarität.

Es gibt – Kohl sei Dank – verständliche Ängste vor einem um die DDR erweiterten Deutschland, selbst vor einem neutralen, das militärpolitisch einen Sonderweg gehen könnte. Bleibt als Alternative deshalb nur eine *Nato-Mitgliedschaft für ganz Deutschland*, wie von Polen (!) bis Washington gefordert wird? Warum brauchen BRD und DDR, warum braucht vollends ein geeintes Deutschland überhaupt noch eine Armee? Die Nationale Volksarmee der DDR scheint sich bereits von selbst aufzulösen, weil Wehrpflichtige den Marschbefehl massenweise ignorieren. Und auch in der BRD sieht sich die Bundeswehr mit einem zunehmenden «Akzeptanzproblem» (Spiegel, 5. 3. 90) konfrontiert. Je mehr die Einsicht wächst, dass nur ein demilitarisiertes Deutschland europaverträglich sein kann, umso sinnloser wird es, «die Deutschen» durch die Einbindung in die Nato «disziplinieren» zu wollen.

Noch sind in der DDR 380 000 sowjetische und in der BRD 245 000 amerikanische Soldaten stationiert. Um Deutschland nicht nur von den eigenen, sondern auch den fremden Armeen zu befreien, müssten die Militärblöcke in Europa aufgelöst werden. An ihre Stelle sollte eine *Europäische Friedensordnung* treten. Sie könnte nach dem Muster der Vereinten Nationen, als deren kontinentales Stockwerk, errichtet werden: mit einem Europäischen Sicherheitsrat als Exekutive, die den Prozess der Abrüstung in ganz Europa vorantreiben und überwachen, Konflikte auf den Weg der friedlichen Schlichtung verweisen und die Anwendung von Gewalt verhindern würde. Dem Europäischen Sicherheitsrat müssten vorläufig noch Truppenkontingente zur Verfügung stehen, nicht um Krieg zu führen, sondern um notfalls internationales Recht zu vollstrecken. Die grösseren europäischen Staaten hätten in diesem Rat einen ständigen Sitz, aber kein Vetorecht. Die Entscheidungen des Sicherheitsrates wären gebunden an die Normen der Europäischen Friedensordnung, die in einer Charta kodifiziert und durch die Generalversammlung aller europäischen Staaten fortentwickelt würden. Im Gegensatz zum Internationalen Gerichtshof könnte ein Europäischer Gerichtshof die Entscheidungen des Sicherheitsrates auf ihre Rechtmässigkeit überprüfen.

Wer argumentiert, dass nur die *Nato* den deutschen Einigungsprozess zu stabilisieren vermöge, muss daran erinnert werden, was die Nato in der Vergangenheit unter «*Stabilität*» verstanden hat: nicht nur die Erhaltung der Demokratie, sondern, wenn's sein muss, die gewaltsame Durchsetzung ganz anderer Interessen, auch faschistischer, angefangen beim Nato-Partner Portugal unter Salazar bis zum Staatsstreich der griechischen Obristen 1967, der nach Nato-Drehbuch ablief. Wie wenig innerhalb der Nato das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder respektiert wird, zeigte die unverhüllte Drohung des US-Staatsdepartements 1978 gegen eine kommunistische Regierungsbeteiligung in Italien. Auch die BRD-Deutschen sollten gewarnt sein. So beschränkt ist ihre Souveränität, dass sie nichts gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen auf dem eigenen Territorium unternehmen konnten und auch untätig zusehen mussten, wie 1968 von deutschem Boden aus Luftangriffe gegen Libyen unternommen wurden. Was soll die Nato in einem um das DDR-Territorium erweiterten Deutschland stabilisieren, wenn nicht die Kapitalinteressen der neuen Eigentümer der alten DDR? Die Alternative ist eindeutig und klar: Entweder geben sich die europäischen Staaten eine eigene Friedensordnung, oder sie unterwerfen sich rechtsfremden Machtinteressen, die im Konfliktfall Demokratie und Selbstbestimmung nicht schützen, sondern vereiteln. Die deutsche Frage birgt in sich die Chance, über diese Alternative nachzudenken. Voraussetzung, in Alternativen oder überhaupt zu denken, wäre allerdings eine andere Regierung in Bonn, nicht dieses Deutschland.